

## 5.30 Klimagerechtigkeit jetzt! Wir fordern globale Gerechtigkeit

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2021

Die Klimakrise ist eine globale Krise und betrifft uns alle. Menschen im Globalen Süden sind schon jetzt besonders von den Folgen der Klimakrise betroffen: Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürreperioden zerstören ihre Lebensgrundlage. Jene, die am wenigsten zum menschengemachten Klimawandel beitragen, sind diejenigen, die bereits jetzt am stärksten unter den Folgen leiden und in Zukunft am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sein werden.

Als Mitglieder der katholischen Jugendverbände verstehen wir uns als Weltbürger\*innen und setzen uns in unseren internationalen Partnerschaften sowie darüber hinaus für gerechte und zukunftsfähige Lebensverhältnisse für alle Menschen ein.

Wir stehen ein für die Umsetzung der mit der Agenda 2030 beschlossenen nachhaltigen Entwicklungsziele und folgen dem Auftrag von Papst Franziskus, der uns in seiner Enzyklika „Laudato si“ [Fußnote: Papst Franziskus (2015) Laudato si'. Über die Sorge für das gemeinsame Haus.] dazu aufruft, die Bewahrung der Schöpfung ernst zu nehmen und aktiv für unseren Planeten einzutreten.

### **Die Klimakrise ist eine Frage der Gerechtigkeit**

Der Klimawandel hat nicht nur zerstörerische Auswirkungen auf die Umwelt, sondern führt zusätzlich zu sozialer Ungerechtigkeit: Er nimmt enormen Einfluss auf die Achtung der Menschenrechte, verstärkt soziale Ungerechtigkeit und wird gleichzeitig durch soziale Ungleichheiten vorangetrieben. [Fußnote: vgl. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/klima-und-nachhaltigkeit>] Klimagerechtigkeit bedeutet für uns, dass jeder Mensch das gleiche Recht hat, die Atmosphäre zu nutzen, ohne sie dabei zu belasten. Die Lebensgrundlage auf der Erde darf nicht durch den globalen Temperaturanstieg und die daraus resultierenden Folgen in Gefahr gebracht werden. Dies gilt für die jetzige sowie auch für zukünftige Generationen. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt der Lebensgrundlage aller Menschen weltweit und die Bewahrung der Schöpfung ein.

### **Gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung**

Zu den wesentlichen Ursachen der Klimakrise gehört der Wirtschafts- und Lebensstil in den Ländern des Globalen Nordens und der Eliten in Ländern des Globalen Südens. Aus der Nutzung von Ressourcen ist der Wohlstand des Globalen Norden entstanden. Daraus entsteht Verantwortung. Um gutes Leben für Alle weltweit zu ermöglichen, dürfen jetzt keine Kosten und Mühen gescheut werden, denn die Folgen des Klimawandels sind weitaus größer als eine Politik des Nicht-Handelns.

Wir fordern Klimagerechtigkeit und setzen uns dafür ein, dass diejenigen, die den Klimawandel verursacht haben, in besonderer Verantwortung für den Klimaschutz aktiv werden. Im Pariser Klimaschutzabkommen ist das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung festgehalten: Alle Staaten tragen die Verantwortung, die Klimakrise zu bekämpfen. Die Verantwortung und dementsprechend die Lastenverteilung müssen aber unterschiedlich gewichtet werden. Dieses Prinzip nimmt die Verursacher\*innen in die Pflicht, sich für die Begrenzung der Folgen des Klimawandels einzusetzen und andere Länder im Einsatz gegen den Klimawandel zu unterstützen. Staaten, die historisch für viele Emissionen verantwortlich sind, müssen nun Verantwortung übernehmen. Emissionsverursachende Staaten tragen besondere Pflichten und dürfen nicht durch Schlupflöcher ihre Emissionen in ärmere Produktionsländer exportieren und dadurch CO<sub>2</sub>-Kolonialismus betreiben.

Deutschland liegt aktuell weltweit in der Top 10 der Länder mit dem jährlich größten CO<sub>2</sub>-Ausstoß.<sup>[1]</sup> und hat einen enorm hohen Emissionswert mit 8,4 T/Person<sup>[2]</sup>. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung, denn historisch betrachtet, ist es für 7,3 % der akkumulierten Emissionen<sup>[3]</sup> verantwortlich und liegt somit auf Platz 4. Das bedeutet, dass Deutschland für einen Temperaturanstieg von 0,033 Grad Celsius verantwortlich<sup>[4]</sup> ist und wir 3 Erden bräuchten, wenn die ganze Welt, wie Deutschland leben würde.<sup>[5]</sup>

Aus hohen Emissionsausstößen folgt höhere Verantwortung. Diese besteht darin, Folgen durch Anpassungsmaßnahmen weltweit zu begrenzen. Zudem muss klar Verantwortung für bereits entstandene und nicht mehr abwendbare Folgen getragen werden. Außerdem müssen die eigenen Emissionen drastisch reduziert werden.

Um Klimaschutzmaßnahmen sowohl im Bereich der Anpassung an den Klimawandel, als auch an die Reduzierung von Emissionen voranzutreiben hat sich die weltweite Staatengemeinschaft dazu verpflichtet ökonomisch ärmere Länder durch Klimafinanzierung zu unterstützen. Ob das Finanzversprechen von 100-Milliarden Dollar bis 2020 erfüllt wurde, ist bisher unklar. Dieses Ziel ist als nicht ausreichend zu bewerten und muss zukünftig erhöht werden<sup>[6]</sup>. Zudem ist die gewählte Finanzierungsart der Kredite zu hinterfragen, denn dies verschiebt das Problem der Finanzierung nur in die Zukunft und bereits verschuldete Länder müssen sich noch mehr verschulden. Schuldenbelastete Länder werden durch Ausgaben für den Klimaschutz sowohl im Anpassungs-, wie auch Reduzierungsbereich weiter belastet. Zudem sind viele der Staaten, die bereits jetzt die Folgen der Klimakrise spüren, bzw. nicht mehr abwendbare Folgen erfahren müssen, tief verschuldet<sup>[7]</sup>.

Im Bereich der Klimakrise besteht mittlerweile ein großer Wissensschatz an Szenarien und Folgenforschung. Da durch den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur Extremwittersituationen zunehmen<sup>[8]</sup>, kann die Zusammenarbeit mit der Krisenpräventionsforschung hilfreich sein. Mögliche Risiken, die bereits abgeschätzt werden können, gilt es einzudämmen oder abzuwenden. Prävention und antizipatives Handeln<sup>[9]</sup> können Menschenleben retten und mindern die Kosten für klimabedingte Schäden und Verluste. Hierfür fehlen bisher dementsprechende Strukturen zur Umsetzung.

Klimabedingte Schäden und Verluste haben bisher kein eigenes Budget. Stattdessen werden Maßnahmen des Klimaschutzes meist als Teil der Entwicklungspolitik oder humanitären Hilfe gezählt. Erst durch eine Abgrenzung klimabedingter Schäden und Verluste und Maßnahmen des Klimaschutzes von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe, wird wirklich Verantwortung durch Pflichtwahrnehmung übernommen. Dafür müssen eigene Strukturen und Budgets geschaffen werden und nicht die bereits bestehenden und meist sehr kleinen Budgets zusätzlich belastet werden.

Klimapolitik ist geprägt von Machtstrukturen. Am Verhandlungstisch müssen jedoch alle Länder mit einbezogen werden, denn nur als Weltgemeinschaft lässt sich die globale Klimakrise bekämpfen. Es gilt Verantwortung zu übernehmen für eine gleichberechtigte Teilnahme an den Verhandlungen und eine machtkritische Perspektive der Verhandler\*innen einzunehmen. Länder, welche die Finanzierung von Delegationen und Expert\*innen nicht selbst tragen können, müssen durch Finanzierung und Kapazitätsausbau gefördert werden. Wir müssen Verantwortung übernehmen, dass Klimaschutz inklusiv stattfindet und somit das Vertrauen in Multilateralismus und den gemeinsamen Prozess gestärkt wird.

### **Jedes Grad zählt!**

Im Pariser Klimaabkommen hat sich die Weltgemeinschaft dazu verpflichtet, das 2°C-Ziel zu erreichen und wenn möglich sogar das 1,5°C-Ziel gegenüber der vorindustriellen Zeit.<sup>[10]</sup> Laut Weltklimarat IPCC werden sich schon bei einer globalen Erhitzung von mehr als 1,5 Grad Celsius viele Klimarisiken drastisch verschärfen mit potenziell irreversiblen Auswirkungen auf viele Ökosysteme, die Stabilität des Klimasystems und die gesamte Menschheit.<sup>[11]</sup> Die momentanen politischen Bemühungen führen jedoch zu einer Erderwärmung von 2,1-3,9 °C.<sup>[12]</sup> Mit jedem Zehntelgrad Erderwärmung sind die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen weltweit spürbar und gefährliche Kippunkte und unkontrollierbare Kettenreaktionen könnten erreicht werden.<sup>[13]</sup> Bereits jetzt sind vermehrte Dürren und Extremwetterereignisse, die vor allem die arme Bevölkerung der Welt betreffen, keine Seltenheit mehr und der Klimawandel für Menschen im Globalen Süden



lebensbedrohend. Dies fordert eine ambitionierte Klimapolitik, die Verantwortung gegenüber allen Menschen weltweit übernimmt und lebensnotwendige Schadensbegrenzung vorantreibt.

### **Jetzt ist die Zeit zum Handeln!**

Als Christ\*innen haben wir den Auftrag, die Schöpfung zu bewahren und uns für globale Gerechtigkeit einzusetzen.

Diesen Anspruch haben wir an uns selbst, an die Verantwortungsträger\*innen in der katholischen Kirche in Deutschland und an Politiker\*innen

Deshalb fordern wir von der Politik:

- Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass Deutschland auf nationaler sowie auf internationaler Ebene seinen Beitrag leistet, das 1,5°C-Ziel zu erreichen. National bedeutet dies durch ambitionierte Maßnahmen in allen Sektoren die Emissionen zu senken und sich europa- und weltweit für starke Klimaziele einzusetzen. Deutschland und die EU können und müssen im Klimaschutz weltweite Vorreiter\*innen werden. Mögliche Schritte auf dem Weg dahin sind etwa ein deutlich höherer CO<sub>2</sub> Preis im europäischen Emissionshandel, eine erweiterte CO<sub>2</sub>-Bepreisung in bisher nicht abgedeckten Sektoren und eine deutliche Ambitionssteigerung im Zuge der europäischen Nationally Determined Contributions.
- Die Klimakrise und die Coronakrise treffen die Ärmsten auf der Welt besonders hart. Deutschland muss Länder des Globalen Südens finanziell und durch Kapazitätsaufbau dabei unterstützen, die Folgen der Klimakrise zu bewältigen und klimaneutral zu handeln.
- Die Anpassung an den Klimawandel bedarf einer soliden Finanzierung: Deutschland muss einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten. Die zugesagten Mittel für Klimaschutz und Anpassung in den wirtschaftlich ärmeren Ländern bereitzustellen, müssen erfüllt und weiter ausgebaut werden. Die Mittel dürfen nicht auf Kosten der allgemeinen Entwicklungsfinanzierung oder der humanitären Hilfen gehen.
- Klimabedingte Schäden und Verluste müssen gemeinsam finanziert werden. Die betroffenen Länder müssen durch die internationale Gemeinschaft finanziell unterstützt werden. Wir fordern, dass Deutschland seine Verpflichtungen gemäß dem Warschau-Mechanismus <sup>[14]</sup> vorantreibt und Mittel für eine armutsorientierte Bekämpfung von Klimaschäden bereitstellt.
- Klimagerechtigkeit braucht Entschuldung. Hochverschuldete Länder im Globalen Süden geraten durch Schäden, die durch den Klimawandel entstehen, noch tiefer in eine Schuldenfalle. Mit jeder Schuldentrückzahlung an Gläubiger verlieren die Staaten Geld, welches sie für Nothilfe und Wiederaufbau dringend benötigen. Die Bundesregierung soll sich deshalb im Rahmen der Klimakonferenzen, bei den Vereinten Nationen sowie im Internationalen Währungsfonds dafür einsetzen, Entschuldungsoptionen für Länder zu schaffen, die besonders vom Klimawandel betroffen sind.
- Nur gemeinsam können wir uns der Klimakrise und der Zukunft stellen: Deshalb fordern wir von der Bundesregierung ein Eintreten für multinationale Ansätze.
- Die Flucht vor den Folgen der Klimakrise muss als Fluchtursache anerkannt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die direkten Folgen des Klimawandels, wie etwa den Anstieg des Meeresspiegels oder extreme Wetterereignisse, als Fluchtgrund im Rahmen von Asylverfahren anzuerkennen, wo sie die Lebensgrundlage von Asylsuchenden nachweislich bedrohen und daher eine Rückkehr ins Herkunftsland ausgeschlossen ist. Dafür ist ein Kriterienkatalog zu entwickeln. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zwingend notwendig. Denn nur eine gesamteuropäische Reform der Asylpolitik kann zu einer nachhaltigen und menschenwürdigen Lösung führen.

Weiterhin fordern wir von den kirchlichen Verantwortungsträger\*innen:



- Kirche muss ihre Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung wahr und ernst nehmen. Aus dem Aspekt der Klimagerechtigkeit erfolgt ein besonderer Auftrag, sich mit den bereits jetzt am meisten vom Klimawandel betroffenen Menschen im Globalen Süden zu solidarisieren und diese zu unterstützen.
- Wir fordern von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, die Dringlichkeit des Klimaschutzes öffentlich zu formulieren und diesen Standpunkt in den politischen und weltkirchlichen Diskurs einzubringen. Der Betrieb kirchlicher Institutionen muss bis zum Jahr 2030 klimaneutral werden. Dazu müssen:
  - die kirchlichen Gebäude klimaneutral umgerüstet werden Verbindliche Vorgaben für die Nutzer\*innen kirchlicher Landwirtschaftsflächen nach ökologischen Kriterien erlassen und umgesetzt werden,
  - klare Beschaffungsregelungen für alle kirchlichen Einrichtungen insbesondere im Bereich der Lebensmittel und Verbrauchsmaterialien erlassen werden, die nachhaltigen, fairen und ökologischen Kriterien entsprechen [Fußnote: Vergleiche Beschluss: „Jetzt handeln - Schöpfung bewahren“ [https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/5-27\\_Jetzt\\_handeln\\_-\\_Schoepfung\\_bewahren.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/5-27_Jetzt_handeln_-_Schoepfung_bewahren.pdf)] ,
  - Verbindliche Kriterien für Geldanlagen entwickelt werden, die sich an sozialen und ökologischen Standards orientieren und
  - die Engagierten auf Ortsebene befähigt werden, durch Informationen, Vernetzungsmöglichkeiten und Beratung durch Unterstützung von hauptamtlichen Entscheidungsträger\*innen den Klimaschutz im kirchlichen Leben weiter innovativ voranzutreiben.

Als Jugendverbände verpflichten wir uns selbst:

- Wir bringen die Forderungen zu einem klimagerechten Handeln in die Politik, kirchliche Strukturen und die Gesellschaft auf allen Ebenen ein. Hierzu wollen wir die Mitglieder in unseren Verbänden befähigen, selbst sprachfähig zu sein.
- Wir, der BDKJ-Bundesverband, die BDKJ-Diözesanverbände und die Bundesebenen der Jugendverbände, führen unsere Aktivitäten bis 2030 klimaneutral durch und gehen so mit gutem Beispiel voran, diesen Appell tragen wir in alle Ebenen unserer Verbände. Als Hilfestellung stellt der Bundesverband geeignete Bildungsmaterialien zur Bilanzierungs- und CO<sup>2</sup>-Fußabdrucksreduzierung zur Verfügung.
- Wir vernetzen uns untereinander und mit Akteuren des Klimaschutzes und wirken in Bündnissen aktiv mit.

**Quellen und Verweise**

- [1] <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20180301STO98928/treibh-ausgasemissionen-nach-landern-und-sektoren-infografik>
- [2] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167877/umfrage/co-emissionen-nach-laendern-je-einwohner/>
- [3] [https://pdf.wri.org/navigating\\_numbers.pdf](https://pdf.wri.org/navigating_numbers.pdf)
- [4] <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/9/1/014010>
- [5] <https://data.footprintnetwork.org/#/analyzeTrends?type=earth&cn=79>
- [6] [https://www.deutschemklimafinanzierung.de/wp-content/uploads/2021/02/2021\\_Update\\_Hintergrund\\_Klimafinanzierung\\_Urspruenge\\_Konz-epte\\_Baustellen-1.pdf](https://www.deutschemklimafinanzierung.de/wp-content/uploads/2021/02/2021_Update_Hintergrund_Klimafinanzierung_Urspruenge_Konz-epte_Baustellen-1.pdf)
- [7] [https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2021/04/Analyse\\_102\\_English.pdf](https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2021/04/Analyse_102_English.pdf)
- [8] <https://media.ifrc.org/ifrc/world-disaster-report-2020/>
- [9] Definition Antizipatives Handeln: “Vorausschauende humanitäre Hilfe beinhaltet eine Vielzahl von Ansätzen und Instrumenten, die es ermöglichen, bereits vor dem Einsetzen einer Krise aktiv zu werden. Diese Art der humanitären Hilfe baut auf Frühwarnsysteme: Anhand von datenbasierten Vorhersagen und Analysen werden Frühwarnungen für eskalierende Lagen getroffen. Ausgehend davon werden konkrete, frühzeitige humanitäre Vorsorgemaßnahmen zur unmittelbaren Risikoreduktion (“Early Actions”) ausgelöst. Damit humanitäre Hilfe vorausschauend eingesetzt werden kann, ist es notwendig, Frühwarnmechanismen zu fördern, die Leistungs- und Reaktionsfähigkeit von humanitären Akteuren zu stärken und Finanzierungsmechanismen für vorausschauende humanitäre Hilfe zu etablieren. (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/humanitaere-hilfe/huhi/205108>)
- [10] [https://unfccc.int/sites/default/files/english\\_paris\\_agreement.pdf](https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf)
- [11] <https://www.ipcc.ch/sr15/>
- [12] <https://climateactiontracker.org/publications/global-update-parisagreement-turning-point/>
- [13] <https://www.klimafakten.de/meldung/infografik-machen-05-degc-weniger-erderwaermung-wirklich-einen-unterschied>
- [14] <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/addressing-the-impacts-of-climate-change-through-an-effective-warsaw-international-mechanism-on-loss-and-damage/>